

„Soldaten aus Flüchtlingshilfe zurückziehen“

Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD im Bundestag, **Rainer Arnold**, fordert mehr Qualität für die Truppe. Die Bundeswehrreform zeige jetzt deutliche Mängel.

Die Opposition fordert mehr Informationen über die Bundeswehrebeteiligung an dem Awacs-Aufklärungseinsatz der Nato im türkischen Luftraum und kritisiert, dass es keine Bundestagsentscheidung über ein Mandat geben soll. Haben Sie Verständnis für die Einwände?

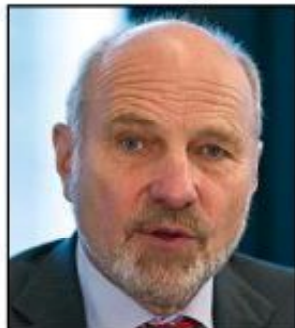
Rainer Arnold: Natürlich wäre es besser gewesen, wenn jetzt keine Parlamentsferien wären und direkt alle offenen Fragen der Opposition geklärt werden könnten. Aber die Lage ist eindeutig: Es handelt sich um routinemäßige Awacs-Aufklärungsflüge innerhalb des Bündnisgebietes. Der Auftrag wird nicht verändert. Das ist kein Einsatz

bewaffneter Streitkräfte. Hier besteht keine Mandatspflicht. Die Nato beteiligt sich hier mit den Awacs-Flügen nicht am Kampf gegen den Terror in Syrien.

Nicht nur der Bundeswehrverband sieht die Bundeswehr angesichts der Vielzahl der Auslandseinsätze „im roten Bereich“ an der Belastungsgrenze angekommen. Braucht die Truppe mehr Personal?

Arnold: Der Einsatz der Bundeswehr in Syrien ist ohne Probleme leistbar. Auch die Mission in Mali erfordert keine Fähigkeiten, über die die Truppe nicht verfügt. Natürlich sind hier jeweils auch Spezialisten gefordert. Die gewinnt man aber nicht durch eine deutliche personelle Aufstockung der Armee. Wir müssen die richtigen und hochqualifizierten Soldaten gewinnen. Wir hatten in der Vergangenheit schon bis zu 10 500 Kräfte im Auslandseinsatz. Aktuell sind es 4500.

Tausende von Soldaten helfen bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen. Fehlen diese Kräfte der Truppe nicht bei ihren eigentlichen Aufgaben?



Für **Rainer Arnold** ist der Einsatz in Syrien und Mali ohne Probleme leistbar. – Foto: dpa

Arnold: Jetzt müssen mit den Ländern ein konkreter Ausstiegsplan vereinbart und die Soldatinnen und Soldaten wieder aus der Flüchtlingshilfe zurückgezogen werden. Die zuständigen Behörden vor Ort müssen dort mehr Personal einstellen. Es macht keinen Sinn, die Bundeswehr zu vergrößern, damit sie fremde Aufgaben erledigen kann.

Ist das Bundesverteidigungsministerium im Zuge der Bundeswehrreform bei der Truppenverkleinerung zu weit gegangen?

Arnold: Die Bundeswehrreform der alten Bundesregierung zeigt jetzt deutliche Mängel. Es war Unsinn, den Glauben zu erwecken, dass man künftig mit weniger Geld, weniger Personal und weniger Gerät auch künftig alle Aufgaben leisten können wird. Vor allem auch die Zahl des Zivilpersonals wurde zu gering bemessen. Verteidigungsministerin von der Leyen will jetzt die Truppenstärke überprüfen. Wir warten auf das angekündigte Weißbuch. Es muss endlich eine Debatte über die richtigen Prioritäten geben. Es muss mehr Tiefe und weniger Breite geben. Die Truppe muss nicht alles mittelmäßig können, sondern es muss Schwerpunkte geben. Wenn sich am Ende zeigt, es gibt in bestimmten Bereichen Personal-mangel, kann man dort reagieren.

In einigen Ländern denkt man angesichts der enormen Herausforderungen bereits über die Wiedereinführung der Wehrpflicht nach. Wäre das auch für Deutschland eine Option?

Arnold: Nein, die Debatte über die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist unsinnig. Die Aufgaben der Truppe werden immer

komplexer und anspruchsvoller. Wehrpflichtige können auch nicht in den Einsatz gehen. Das wäre keine Entlastung. Die Rückkehr der Wehrpflicht ist eine Geisterdebatte.

Linken-Fraktionschefin Sahra Wagenknecht hat für Wirbel mit ihrer Äußerung gesorgt, dass die Luftangriffe der Anti-Terror-Koalition in Syrien ein größeres Verbrechen seien als die Terroranschläge von Paris. Wie bewerten Sie diese Aussage?

Arnold: Wer wie Frau Wagenknecht die Bundeswehr und ihre Soldaten in einen Topf mit Terroristen wirft, hat offensichtlich jedes Schamgefühl verloren. Auch die Linke müsste erkennen, dass man dem IS-Terror nicht nur mit freundlichen Fernsehinterviews begegnen kann. Diesem Terror muss man sich auch mit militärischer Gewalt entgegenstellen. Mit einer solchen Außen- und Sicherheitspolitik sind die Linken nicht koalitionsfähig. Ohne dass die Linke ihr Godesberg durchmacht und sich der Wirklichkeit stellt, braucht man über Koalitionen überhaupt nicht zu spekulieren.

Gespräch: Andreas Herholz